

1. Record Nr.	UNINA9910734391203321
Autore	Fischer Paula
Titolo	Das Irrtumsrisiko bei den Ausnahmen des völkerrechtlichen Gewaltverbotes
Pubbl/distr/stampa	Baden-Baden : , : Nomos Verlagsgesellschaft, , 2020 ©2020
ISBN	3-7489-2254-X
Edizione	[1st ed.]
Descrizione fisica	1 online resource (580 pages)
Collana	Kolner Schriften zum Friedenssicherungsrecht ; ; v.13
Disciplina	808.06634
Soggetti	Legal composition
Lingua di pubblicazione	Tedesco
Formato	Materiale a stampa
Livello bibliografico	Monografia
Nota di contenuto	Cover -- Einleitung -- TEIL 1 Grundlagen -- 1. Kapitel: Begriffe und Pramissen -- I. Ausnahmen von Art. 2 (4) UNC -- 1. Anerkannte Ausnahmen: Art. 42 und 51 UNC -- a) Die Existenz materiell-rechtlicher Grenzen in Art. 39 UNC -- b) Negativer oder positiver Friedensbegriff -- c) Anforderungen an das Störerverhalten -- 2. Antizipiertes Selbstverteidigungsrecht -- 3. (Unilaterale) humanitäre Intervention -- 4. Rettung von Staatsangehörigen -- II. Der Begriff des Irrtumsrisikos -- 1. Irrtum -- 2. Fehlverdacht -- 3. Fehlprognose -- 4. Terminologisches -- III. Herausbildung der relevanten Konstellationen -- 1. Faktoren bei unilateralen Gewaltanwendungen -- a) Vermeidbarkeit des Irrtums -- b) Hinreichende Wahrscheinlichkeit beim Fehlverdacht -- c) Mitzuständigkeit des Opferstaates für die Fehlvorstellung -- d) Die Fehlvorstellung über innere Tatsachen - ein Sonderfall? -- e) Schlussfolgerung: Die zu untersuchenden Konstellationen -- 2. Faktoren bei Gewaltanwendungen im kollektiven Sicherheitssystem -- IV. Bedeutung und Tragweite der Fragestellung -- 1. Unilaterale Gewaltanwendungen -- a) Selbstverteidigungsrecht des Opferstaates -- b) Beteiligung von Drittstaaten -- c) Staatenverantwortlichkeit -- 2. Gewaltanwendungen im kollektiven Sicherheitssystem -- 2. Kapitel: Fehlvorstellungen in anderen Völkerrechtsgebieten -- I. Fehlvorstellungen im ius in bello -- II. Fehlvorstellungen im Recht der Menschenrechte -- III. Fehlvorstellungen im Recht der Staatenverantwortlichkeit -- IV.

Fehlvorstellungen im Umwelt- und Gesundheitsvolkerrecht -- V.
 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen -- 3. Kapitel: Eine
 methodische Besonderheit: Analogien zum Straf- und Polizeirecht -- I.
 Ausgangspunkt: Das Verhältnis des nationalen Rechts zum Volkerrecht
 -- II. Die vergleichende Methode im Volkerrecht -- 1. Berücksichtigung
 nationalen Rechts als allgemeinen Rechtsgrundsatz.
 2. Berücksichtigung bei der Entstehung von Volkergewohnheitsrecht --
 3. Berücksichtigung als normatives Auslegungskriterium der UNC -- 4.
 Die Analogie als eigene Rechtsquelle -- 4. Kapitel: Amts- und
 Notrechte im nationalen und im Friedenssicherungsrecht -- I.
 Grundlagen der Unterscheidung im nationalen Recht -- II. Relevanz für
 Fehlvorstellungen -- III. Die kollektive Gewaltbefugnis als
 volkerrechtliches Amtsrecht -- IV. Unilaterale Gewaltbefugnisse als
 volkerrechtliche Notrechte -- 1. Das Selbstverteidigungsrecht, Art. 51
 UNC -- a) Der Einwand der fehlenden gemeinsamen normativen
 Grundlage -- b) Der Einwand der Unvergleichbarkeit mit
 strafrechtlichen Erlaubnissätzen -- c) Der Einwand der Besonderheiten
 des *ius contra bellum* -- 2. Die humanitäre Intervention -- 3. Die
 Rettung eigener Staatsangehöriger -- TEIL 2 Die grundsätzliche
 Berücksichtigungsfähigkeit von Fehlvorstellungen bei unilateraler
 Gewalt -- 5. Kapitel: Der Meinungsstand in der Literatur -- I. Ex-post-
 Beurteilung -- II. Objektive ex-ante-Beurteilung -- III. Vollständig
 subjektive Beurteilung -- 6. Kapitel: Das Verhältnis von Charta- und
 Gewohnheitsrecht -- I. Die Relevanz des vor 1945 geltenden
 Gewohnheitsrechts -- II. Die Frage der Fortgeltung nach Inkrafttreten
 der Charta -- 1. Vorrang der Charta bei Unvereinbarkeit mit früherem
 Gewohnheitsrecht -- 2. Unvereinbarkeit der Charta mit früherem
 Gewohnheitsrecht -- a) Verdrängung anderer Erlaubnissätze als das
 Selbstverteidigungsrecht -- b) Fortbestand einiger Formen des
 individuellen Selbstverteidigungsrechts -- III. Die Veränderung der
 Rechtslage durch spätere Praxis -- 1. Einfluss der späteren Praxis auf
 das speziellere Chartarecht -- 2. Einfluss der späteren Praxis auf das
 chartakonkretisierende Gewohnheitsrecht -- 3. Gewichtsregeln --
 7. Kapitel: Staatenpraxis -- I. Zur Auswahl und Bewertung der
 Staatenpraxis.
 II. Staatenpraxis vor 1945 -- 1. Vorfälle auf See -- a) Der Marianna-
 Flora-Vorfall (1826) -- b) Der Dogger-Bank-Vorfall (1904) -- c) Die
 Durchsuchungen der *Jessie*, Thomas F. Bayard und *Pescawha* (1909) --
 2. Vorfälle an Land -- a) Der *Waima*-Vorfall (1893) -- b) Der *Maziua*-
 Vorfall (1914) -- c) Der *Kling*-Vorfall (1921) -- d) Der griechisch-
 bulgarische Grenzzwischenfall (1925) -- e) Der *Mukden*-Vorfall (1931)
 -- 3. Volkerrechtliche Verträge -- 4. Zwischenergebnis -- III.
 Staatenpraxis nach 1945 -- 1. Fehlvorstellungen bei umfangreichen
 Gewalteinsätzen -- a) Der Sechstagekrieg (1967) -- b) Der israelische
 Luftangriff auf den *Osirak*-Reaktor (1981) -- c) Der Irakkrieg (2003) --
 d) Zwischenergebnis -- 2. Fehlvorstellungen bei geringfügigen
 Gewaltanwendungen -- a) Prämissen für den Auslegungswert
 geringfügiger Gewaltanwendungen -- aa) Geringfügige
 Gewaltanwendungen und Art. 2 (4) UNC -- (1) Enthält Art. 2 (4) UNC
 eine allgemeine Erheblichkeitsschwelle? -- (2) Abgrenzung von Gewalt
 und Polizeimaßnahmen -- (3) Zwischenergebnis -- bb) Geringfügige
 Gewaltanwendungen und Art. 51 UNC -- b) Putativangriffe von
 Flugzeugen -- aa) Abschuss von *Cathay Pacific VR-HEU* durch China
 (1954) -- bb) Abschuss von *El Al Flight 402* durch Bulgarien (1955) --
 cc) Abschuss von *Libyan Arab Airlines Flight 114* durch Israel (1973) --
 dd) Abschuss von *Korean Air Lines Flight 902* durch die Sowjetunion
 (1978) -- ee) Abschuss von *Korean Air Lines Flight 007* durch die
 Sowjetunion (1983) -- ff) Abschuss von *Iran Air Flight 655* durch die

USA (1988) -- gg) Abschuss von Malaysia Airlines Flight 17 über der Ukraine (2014) -- hh) Abschuss von Ukraine International Airline Flight 752 durch den Iran (2020) -- c) Putativangriffe von Schiffen -- aa) Der Golf-von-Tonkin-Vorfall (1964) -- bb) Der Angriff auf die USS Liberty (1967) -- cc) Der Angriff auf die USS Stark (1987).
dd) Maritime Interception Operations -- d) Gewaltanwendungen in der US-Iran-Krise 2019 -- e) Zwischenergebnis -- 3. Fehlvorstellungen bei der Abwehr von Terrorismus -- a) Der Angriff auf die sudanesishe Pharmafabrik Al-Schifa (1998) -- b) Weitere Fälle vermuteter Verantwortlichkeit für ein Attentat -- c) Das Abfangen eines libyschen Flugzeugs mit syrischen Offiziellen (1986) -- d) Zwischenergebnis -- 4. Fehlvorstellungen bei Cyberangriffen -- 5. Abstrakte Äußerungen zu antizipierter Selbstverteidigung nach 9/11 -- a) Nationale Sicherheitsstrategien -- b) Jüngere Stellungnahmen der USA, Großbritanniens und Australiens -- 6. Fehlvorstellungen bei der Rettung von Staatsangehörigen -- a) Der Mayaguez-Vorfall (1975) -- b) Die Operation Entebbe (1976) -- c) Zwischenergebnis -- 7. Fehlvorstellungen bei der humanitären Intervention -- 8. Ergebnis zur Staatenpraxis -- 8. Kapitel: Fehlvorstellungen bei strafrechtlichen Notrechten -- I. Die einzelnen Rechtsordnungen im Vergleich -- 1. Deutschland -- 2. Frankreich -- 3. USA -- 4. Vereinigtes Königreich -- 5. China -- 6. Russland -- 7. Völkerstrafrecht -- 8. Zwischenergebnis -- II. Schlussfolgerungen für die Fragestellung -- 9. Kapitel: Lösungsansätze nach textorientierter Auslegung unter Berücksichtigung der IGH-Rechtsprechung und vorheriger Erkenntnisse -- I. Volle Rechtfertigungslosung -- 1. Selbstverteidigung, Art. 51 UNC -- a) Wortlaut -- b) Systematik -- c) Telos -- d) Genetik -- e) IGH-Rechtsprechung -- f) Zwischenergebnis -- 2. Rettung von Staatsangehörigen -- 3. Humanitäre Intervention -- II. Entschuldigungslosung -- 1. Bedeutung -- 2. Wortlaut, Systematik und Telos -- III. Eingeschränkte Rechtfertigungslosung -- 1. Animus aggressionis beim Aggressionsverbot -- 2. Handlungsunrecht beim bewaffneten Angriff -- 3. Das subjektive Element bezüglich des "Tatbestands" des Gewaltverbots.
a) Das Gewaltverbot als Verhaltensnorm: Auslegung und Konsequenz -- b) Weitere Indizien für ein Handlungsunrechtserfordernis -- c) Art des verlangten Handlungsunrechts: Vorsatz oder Sorgfaltswidrigkeit? -- 4. Das subjektive Element bezüglich des Fehlens rechtfertigender Umstände -- 5. Der Sonderfall des hinreichend wahrscheinlichen Fehlverdachts -- IV. Clean-Hands-Lösung -- 1. Geltung des Clean-Hands-Prinzips -- 2. Inhalt und Anwendung des Clean-Hands-Prinzips auf Fehlvorstellungen -- V. Gesamtauslegungsergebnis -- TEIL 3 Die nähere Ausgestaltung der Berücksichtigung von Fehlvorstellungen bei unilateraler Gewalt -- 10. Kapitel: Anforderungen an sorgfaltsgemäßes Handeln -- I. Sorgfältige Ermittlung der Indizien -- 1. Die Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung -- 2. Auswahl und Arten berücksichtigungsfähiger Indizien -- II. Sorgfältige Indizienwürdigung -- 1. Grundlagen -- 2. Die Rationalität der staatlichen Überzeugungsbildung als Mindestanforderung -- 3. Abgrenzung von Erfahrungssätzen und Vorurteilen -- III. Überschreitung der hinreichenden Wahrscheinlichkeitsschwelle -- IV. Reichweite der Subjektivierung bei Indizienermittlung und -würdigung -- 11. Kapitel: Die Kontrolle der staatlichen Entscheidung -- I. Beweis der Indizien -- 1. Beweislast -- 2. Beweismaß -- II. Nachprüfung der Indizienwürdigung -- III. Pflicht zur Offenlegung der Indizien und Geheimhaltungsinteressen -- 12. Kapitel: Relevanter Personenkreis -- I. Grundlagen zur Wissens- und Verschuldenszurechnung -- II. Die Relevanz des Entscheidungsträgers und weiterer Staatsorgane -- III.

Abgrenzung zwischen Entscheidungsträgern und anderen Organen --
IV. Entscheidungen durch staatliche Kollektivorgane -- V.
Zwischenergebnis: Präzisierungen zum unilateralen Irrtumsrisiko --
TEIL 4 Fehlvorstellungen im kollektiven Sicherheitssystem -- 13.
Kapitel: Der Meinungsstand in der Literatur.
14. Kapitel: Praxis der Staaten und UN-Organen.

Sommario/riassunto

Das Buch unternimmt den Versuch, ein in sich stimmiges System der Verteilung von Irrtumsrisiken im geltenden ius contra bellum zu entwerfen. Anhand einer systematischen Analyse der völkerrechtlichen Rechtsquellen wird untersucht, wie sich Fehlvorstellungen von Staaten über die tatsächlichen Voraussetzungen friedenssicherungsrechtlicher Erlaubnissätze zum Einsatz von Gewalt auf die Charta-Konformität ihres Handelns auswirken. Betrachtet werden insbesondere Irrtümer bei Selbstverteidigung und bei Massnahmen des UN-Sicherheitsrates. Dabei werden auch rechtsvergleichende Erkenntnisse aus dem nationalen Straf- und Gefahrenabwehrrecht fruchtbar gemacht. Das Buch richtet sich besonders an völkerrechtlich und rechtsvergleichend interessierte Leser.
